

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

250 (27.10.1914)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. **Abon- nementspreis:** Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. **Postfachkonto** Nr. 2660. **Telephon:** Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Zuférate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalmterate billiger. **Schluss d. Inseratenannahme** 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Gled & Cie., Karlsruhe.

Reichsmittel für die Arbeitslosen.

Nach der großen Enttäuschung, die die preussische Kriegsvorlage den Arbeitslosen gebracht hat, wenden sich alle Blicke wieder dem Reiche zu. Anfang Dezember tritt der Reichstag zu einer kurzen Tagung zusammen, es ist aber noch nichts darüber bekannt, ob ihm eine Vorlage zugehen soll, in der die Pflichten der Gemeinden zur Arbeitslosenunterstützung geregelt und die Beitragsleistungen des Reiches dazu normiert würden. Ein Brief des Reichsfinanzministers an den Vorstand der Gesellschaft für soziale Reform, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ kürzlich veröffentlichte, enthält keine positiven Zusagen, wenn er es auch andererseits an gewissen tröstlichen Ausblicken nicht fehlen läßt.

Herr von Bethmann-Hollweg beginnt damit, den Absichten eines guten Willens zu versichern, daß alles geschehen muß, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen. Zu diesem allen gehört dann jedenfalls auch die ausgiebigste Unterstützung der Gewerkschaften und der Gemeinden, die auf die Dauer die ihnen auferlegte Last der Arbeitslosenunterstützungen nicht tragen können. Verstehen wir den Brief des Reichsfinanzministers aber recht, dann soll diese notwendige Unterstützung doch aber auf recht ungeordneten und unsicheren Wege erfolgen. Der Reichsfinanzminister schreibt nämlich:

Dabei rechne ich darauf, daß die Bundesstaaten bestrebt sein werden, den Gemeinden, soweit die Geldbeschaffung Schwierigkeiten macht, mit ihrem Kredit beizuspringen, zumal sich meines Erachtens das Reich nach beendeten Kriege einer Prüfung nicht wird entziehen können, inwieweit es sich seinerseits an der Unterstützung beitragschwacher Gemeinden beteiligen muß.

Der Hergang würde sich danach so darstellen: Zunächst haben die Gemeinden für die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, was sie zahlen können. Gehen ihnen die Mittel aus, so hätten sie sich an die Staatsregierungen zu wenden, um sich von ihnen oder mit ihrer Hilfe Geld auszuborgen. Ist dann der Krieg vorbei, so wird das Reich in eine Prüfung der Frage eintreten, inwieweit es den Gemeinden die für die Arbeitslosen gemachten Aufwendungen rückvergüten soll.

Was dabei herauskommt, ist natürlich besser als nichts. Es ist aber das Gegenteil einer guten Organisation. Und man kann kaum verstehen, daß in einem Staatswesen, das auf seine Organisationskraft so stolz ist, die Regelung einer wichtigen Frage so ganz aufs Ungefähre und Ungeordnete gestellt werden soll.

Die Gemeinden müssen Geld herbeischaffen, so sie es kriegen, um den Arbeitslosen zu helfen! Denn es muß ja alles geschehen, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen. Wieviel oder wie wenig sie geben wollen, das bleibt jedoch ganz in ihrer diskretionären Ermessen gestellt. Sind sie freigeiglig, dann werden sie vielleicht — Sicherer weiß man nicht — einen Teil ihrer Ausgaben, dessen Größe ganz unbestimmt bleibt, vom Reich zurückerstattet erhalten.

Ein Privatmann, der auf ein Geschäft hin, das ihm für die Zukunft versprochen worden ist, schon Aufwendungen machen würde, verdient, unter Vormundschaft gestellt zu werden. Hier wird aber den Gemeinden zugemutet, Ausgaben zu machen in der vagen Hoffnung, daß das Reich ihnen später einmal etwas davon ersetzen wird. Wäre es da doch nicht besser, die Reichsarbeitslosenversicherung auf dem geraden klaren Wege der Reichsgegesetzgebung durchzuführen, statt über den Umweg einer totalen Zerrüttung der Gemeindefinanzen?

Kommt kein Gesetz, das die Pflichten der Gemeinden und des Reiches sicher umgrenzt, dann müssen die Gemeinden — sehr zum Schaden des „Bürgerfriedens“ — immer mehr zu Schauplätzen erbitterter Kämpfe um die Arbeitslosenunterstützung werden. Denn auf der einen Seite werden die kommunalen Finanzverwaltungen nicht auf ungewisse Versprechungen hin ihre Ausgaben ins Ungeheuer steigern wollen, auf der anderen Seite aber werden die Arbeitslosen, die beim besten Willen keine Arbeit finden, mit einigem Recht darauf dringen, daß ihnen geholfen wird, sei es nun durch die Gemeinde oder das Reich. Die Sorge, woher sie für sich und ihre Kinder das Brot des morgigen Tages nehmen werden, ist ihnen viel wichtiger, als die Sorge um die späteren finanziellen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Kommune. Und jeder, der die warmherzige Ansicht des Reichsfinanzministers teilt, daß alles geschehen muß, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen, wird ihren Standpunkt vollkommen verstehen und billigen. Es wird also dann den Gemeinden gar nichts anderes übrig bleiben, als eine entschlossene Bankrotteurepolitik zu treiben, da ein Einreisen des Reiches um so sicherer zu

erwarten ist, je größer und allgemeiner die Verwirrung der kommunalen Finanzen am Ende des Krieges sein wird. Solche Ansichten sind nicht eben erfreulich, aber man wird sich mit ihnen abfinden und auf sie einrichten müssen, wenn die Reichsregierung nicht doch noch eine bessere Regelung findet als die, die der Reichsfinanzminister in seinem Brief an die Gesellschaft für soziale Reform vorschlägt. Einstweilen wird man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Zeit, die vor der nächsten Reichstagstagung liegt, auch noch besseren Rat bringen wird. Neben den Arbeitslosen haben ja auch die Gemeinden das stärkste Interesse daran, daß das ungewisse Versprechen des Reichsfinanzministers durch eine entsprechende Gesetzesvorlage auf eine fest umrissene Formel gebracht wird. An den verantwortlichen Stellen wird man sich darüber wohl auch ganz klar sein, daß in dieser Zeit der Not der beste Wille und die vornehmste Gesinnung solange von sehr geringem Wert bleiben, als sie nicht in einer entschlossenen Tat ihren Ausdruck finden.

Vorschläge der österreichischen Sozialdemokratie zur Linderung der Kriegsnot.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben über Maßnahmen gegen die Lebensmittel- und Arbeitslosigkeit beraten. Vor allem erhoben sie die Forderung, daß die verfassungsmäßige Funktion des Parlaments wieder hergestellt werde. Als Maßregel gegen die Verteuerung der Brotfrüchte wird gefordert:

1. Die Festsetzung von Großhandels- und Höchstpreisen für die Brotfrüchte und die planmäßige staatl. Organisation der Getreideverföhrung durch Aufnahme des Bedarfs und des Vorrats, durch Zwangsankäufe des Staates und der Gemeinden und, wenn nötig, durch das zeitweise staatliche Großhandelsmonopol.

2. Die Regelung der Mehl- und Broterzeugung durch einheitliche Mehl- und Backvorschriften, durch welche bei der Vermahlung die Höchstausbeute an Brotmehl sichergestellt, beim Verbacken der unumgängliche Vorrat an Weizenmehl durch Ersatz der bloßen Weizenmehlbeimischung zum Brote durch teilweise Mischung mit Gersten- und Weizenmehl erhalten wird und mit Befreiung der Luxusmehle und Luxusbrote wenige einheitliche Mehl- und Brottypen festgesetzt werden;

3. das sofortige Verbot der Verfütterung von Brotfrucht, die Förderung der Erzeugung von Kunstfuttermitteln, das Verbot, Roggen, Weizen und für menschlichen Genuß geeignete Kartoffeln zu brennen;

4. die Organisierung der Feldfrüchte- und Futtermittelzufuhr durch die vereinigten Bemühungen der Regierung, der großen Kommunen und des Großhandels, Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln und Futtermitteln. Angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit und des durch sie in einzelnen Industriegebieten des Staates hervorgerufenen Massennotstandes werden gefordert:

1. die sofortige Vergebung und Znangriffnahme der fälligen staatl. Arbeiten und Lieferungen, die Ausführung der zurückgestellten Staatsbauten, der im Projekt fertigen Flußregulierungen und Meliorationen, Staats- und Lokalbahnen und die Weiterführung der vom staatl. Wohnungsfonds garantierten Kleinwohnungsbauten;

2. die Einführung einer staatl. Unterstützung der Arbeitslosen im Ausmaß des gesetzlichen Unterhaltsbeitrags für Familien der Eingerückten unter Mitwirkung der autonomen Körperschaften und der Berufsverbände der Arbeiter;

3. die Bereitstellung der für diese Zwecke nötigen Mittel im Betrage von mindestens 500 Millionen Kronen, entweder im Wege eines Zwangsanlehens bei den vermögenden Korporationen und großen Steuerträgern oder im Wege der Ausschreibung eines Wehr- und Notstandsbeitrages auf das Vermögen nach dem Vorbild des Wehrbeitrages im Deutschen Reiche.

Weiter wird eine neue Regelung der Unterstützungsätze für die Angehörigen der zum Kriegsdienst Einberufenen wie der Erlass eines neuen Gesetzes, durch das für die Witwen und Waisen der Gefallenen gesorgt werden soll, gefordert.

Die Reichsratsabgeordneten Adler, Seib, Renner, Seliger und Vittoni haben dem Ministerpräsidenten Stürgkh diese Forderungen unterbreitet, und in einer zweieinhalbständigen Besprechung eingehend begründet. Der Ministerpräsident antwortete, daß eine Reihe von Maßnahmen hinsichtlich der Lebensmittelpolitik und der Arbeitsbeschaffung bereits in Angriff genommen seien. Die anderen Forderungen wolle er einer ersten Prüfung unterziehen. Schließlich erhoben die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten noch Einspruch gegen die Handhabung der österreichischen Preispolizei.

Vom Krieg. Vom westlichen Kriegsschauplatz. Unser Vormarsch am Yser-Kanal. Die englische Flotte zurückgeschlagen.

W.W. Großes Hauptquartier. Antlich.) (Mitteilung der Obersten Kriegsleitung.) 26. Oktober, vormittags. Westlich des Yserkanals zwischen Nieuport und Dixmude, welche Orte noch vom Feinde gehalten werden, griffen unsere Truppen den sich dort noch hartnäckig wehrenden Feind an. Das am Kampfe sich beteiligende englische Geschwader wurde durch schweres Artilleriefeuer zum Rückzug gezwungen. Drei Schiffe erhielten Volltreffer. Das ganze Geschwader hielt sich darauf auf 25. nachmittags außer Sichtweite. Bei Ypres steht der Kampf. Südwestlich Ypres sowie westlich und südwestlich Lille machten unsere Angriffe im allgemeinen gute Fortschritte. In erbittertem Häuserkampf erlitten die Engländer große Verluste und ließen über 500 Gefangene in unseren Händen. Nördlich Arras brach ein heftiger französischer Angriff in unserem Feuer zusammen. Der Feind hatte starke Verluste.

Die Kämpfe am Yserkanal. Rotterdam, 26. Okt. Der Kriegskorrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet: Die Deutschen richteten seit Mittwoch ihre Angriffe auf die Verschanzungen bei Dixmuden. Von französischer Seite wurden zum ersten Male neue schwere Haubitzen (?) den deutschen schweren Geschützen mit guter Wirkung gegenübergestellt. Die Deutschen richteten sich aber sofort durch Errichtung neuer verstärkter Stellungen darnach ein. Einzelheiten beweisen, mit welcher Bravour die neuen deutschen Verstärkungen kämpfen. Die Deutschen unternahmen ungeachtet des Feuers der Maschinengewehre mit großem Mut hintereinander acht Bajonettangriffe; später richteten sie ihre Aufmerksamkeit mehr auf Nordwesten, wo sie Zentrum und äußersten linken Flügel der Belgier angriffen. Donnerstag nacht gelang es den ersten deutschen Abteilungen, den Yserfluß, sowie den Kanal nach der Yser und den Kanal nach Ypern zu überschreiten und neue starke Stellungen zu nehmen.

Englisch Kavallerie zurückgeschlagen. Zürich, 26. Okt. Aus englischen Berichten im „Corriere della Sera“ über die Kämpfe in Belgien geht hervor, daß sich um den Besitz kleiner Dörfer blutige Kämpfe entwickelten. Die Deutschen nützen nach Londoner Berichten auch die kleinsten Vorteile des Bodens vortrefflich aus. In der belgischen Grenze hatten sie die Höhen von Bayleul besetzt; die englische Kavallerie griff die Stellung an; die Deutschen wiesen den Angriff kräftig ab. Der starke Nebel hindert die Verwendung der Artillerie sehr.

Französische Bestätigung der Durchbrechung der Yserlinie. Paris, 25. Okt. (Priv.-Tel. der Pres. Ztg.) Der heutige Nachmittagsbericht des Kriegsministeriums besagt: Zwischen dem Meere und der Gegend um Arras ist keine Veränderung zu melden. Im Argonnenwalde hat sich unsere Lage unter den gestern mitgeteilten Umständen behauptet.

Um 11 Uhr abends: Die Aktion dauert unter den gleichen Bedingungen wie am vorhergehenden Tage fort. Die Schlacht war sehr heftig zwischen Nieuport und der Ys. Die deutschen Streitkräfte konnten die Yser zwischen Nieuport und Dixmuden überschreiten. Im Westen und im Süden von Lille wurden lebhafteste Angriffe des Feindes zurückgeschlagen. Zwischen der Ysere und den Argonnen ist nichts zu melden, mit Ausnahme einiger leichter Fortschritte unserer Truppen im Nordwesten von Soissons und in der Gegend von Craonne. — Ueber die Aktion im Osten sagt der Bericht, daß sich auf den Maas Höhen ein Artilleriekampf entzündet habe und daß die französische Artillerie die Straße Chateau-Roubaix-Buxerulles unter Feuer halte.

Das Wiederaufleben Antwerpens. Das Amsterdamer „Handelsblad“ berichtet aus Antwerpen unter dem 25. Oktober: Heute früh hat der neue Zivilgouverneur von Antwerpen, der hantburgische Senator Strandes, sein Amt angetreten. In einer Zusammenkunft mit dem Bürgermeister, den Schöffen und der interkommunalen Kommission drückte der neue Gouverneur die Hoffnung aus, daß Antwerpen bald wieder auflebe. Senator Strandes gab dabei die Verstehe-

* **Blehanoff für sein „Vaterland“.** Zu welcher komischen Gedankenprüfung der Krieg auch sehr klare Denker verführt, zeigt ein Brief des seit vielen Jahren im Exil lebenden russischen Sozialisten Georg Blehanoff, der in der letzten Nummer des englischen Parteiblattes „Justice“ abgedruckt wird. Soweit der Brief in der jetzigen Zeit in der deutschen Presse veröffentlicht werden kann, lautet er:

„Soweit es mein Vaterland betrifft, würde es, falls es einmal von Deutschland besiegt wäre, sein wirtschaftlicher Verfall werden. Deutschland würde Rußland demart idwore Bedingungen aufliegen, daß sich seine weitere wirtschaftliche Entwicklung außerordentlich schwierig gestalten müßte. Und weil wirtschaftliche Entwicklung die Grundlage der sozialen und politischen Entwicklung ist, würde Rußland in dieser Weise alle, oder fast alle, Aussichten verlieren, dem Sozialismus ein Ende zu bereiten. Deshalb ist es bei uns nur die allerreaktionärste Partei, welche den Sieg Deutschlands erhoffen kann. Der Sieg Deutschlands bedeutet Rückschritt in West-Europa und den bestimmten, oder fast bestimmten Sieg des russischen Despotismus.“

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitslosenunterstützung der englischen Gewerkschaften. Auch die englischen Gewerkschaften müssen zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder recht große Opfer bringen. So hat, wie „Daily Citizen“ vom 14. Oktober mitteilt, der englische Textilarbeiterverband in den zwei Monaten August und September die Summe von rund einer Million Mark für diesen Zweck verausgabt, eine Summe, zehnmal so groß als die im ganzen Jahre 1913 für die Unterstützung der Arbeitslosen benötigte.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Bogen Gewerkschaftsrichter war die Dirne A. B. aus Augsburg, die dem Schöffengericht zu Baden-Baden zu drei Tagen Haft und Überweisung an die Landespolizei verurteilt worden. Gegen das Urteil legte sie Berufung ein. Die Strafkammer verwarf die Berufung. — **Der Tagelöhner G. D.** aus Ettlingen stieg am 18. August in Ettlingen in das Wohnhaus eines Landwirts ein und hob dort den Betrag von 60 Mk. in Gold, eine Damenuhr mit Kette, eine Herrenuhr mit Kette und zwei goldene Eheringe. Von den gestohlenen Gegenständen wußte er eine Uhr an einen Dritten zu verkaufen, den Betrag von 20 Mk. und die zwei Eheringe gab er seiner Schwester, der Dirne B. D., bei der die Gegenstände im Strumpf gefunden wurden. In der Verhandlung bekennt D., die Gegenstände gestohlen zu haben. Er gebe an, sie, soweit sie bei ihm gefunden wurden, von einem Landmann in einer Wirtschaft zu Ettlingen gekauft zu haben. Die B. D. bekennt, gekauft zu haben, daß die Gegenstände, die sie von ihrem Bruder erhalten hat, von diesem auf unrechtmäßige Art erworben worden seien. Durch die Zeugen wurden die Angeklagten ihrer Schuld überführt. G. D. wurde wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu drei Jahren Jugendhaus und 5 Jahren Ehrverlust, B. D. zu 3 Monaten Gefängnis wegen Hehlerei verurteilt. An der Strafe der B. D. geben 2 Monate Untersuchungshaft ab. — **Der Welfer J. B.** aus Badenschausen hatte sich wegen Sittlichkeitsverbrechens (§ 176 B.) zu verantworten. Er war auf dem Karlsruher Hofe beschäftigt und hatte an einem 13jährigen Kinde unzüchtige Handlungen vorgenommen. Das Gericht verurteilt ihn zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. U. ist bereits 4mal, hauptsächlich wegen Betrugs, verurteilt worden.

Aus dem Lande.

Durlach. — Aus dem bezirksärztlichen Bericht über die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse im Amtsbezirk Durlach pro drittes Quartal 1914 entnehmen wir, daß Diphtheritis und Krupp in stärkerem Maße in Weingärten grassiert haben. Es sind im ganzen 190 Personen gestorben, davon 8 durch Morb, Lotoschlag, Selbstmord und Unfall. Dies entspricht einer Sterblichkeitsziffer von 16,99 pro 1000 Personen. Die Sterblichkeitsziffer ist erstmals wieder seit längerer Zeit gestiegen, was zweifellos der sehr hohen Säuglingssterblichkeit zuzuschreiben ist. 99 Gestorbene = 49,72 Prozent waren Kinder im 1. Lebensjahre, davon sind allein 77 an Krankheiten der Verdauungsorgane gestorben. Günstiger als der Durchschnitt sind die Verhältnisse in Durlach selbst. Hier sind von 54 Gestorbenen 23 Kinder im 1. Lebensjahre = 42,59 Prozent, wogegen im Weingarten, offenbar durch die grassierende Diphtheritis herbeigeführt, unter 23 Gestorbenen 13 Kinder im 1. Lebensjahre waren, = 56,52 Prozent der Gestorbenen. Diese Zahlen sprechen eine erschütternde, eine deutliche Sprache, gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo uns die Notwendigkeit der Erhaltung unserer Volkskraft so drähtlich vor Augen geführt wird. Mehr Mütter, mehr Säuglingschutz, sind die Lehren, die wir aus diesen Zahlen ziehen sollen.

Reisenztheater. Den Verwundeten des Vereinslazarets Durlach wurde durch das „Reisenztheater“ in der Waldstraße in Karlsruhe zum zweitenmale eine große Freude bereitet, indem die Direktion des Theaters 200 Eintrittskarten für den zweiten Platz zur Verfügung stellte. Mit Genehmigung des Oberarztes dürfen nun wöchentlich eine Anzahl unter Führung des Polizeiarztunteroffiziers des Theaters besuchend; eine angenehme Annehmlichkeit für die Kranken. Den Dank aller ist der Direktor geübt.

Ettlingen. — **Bürgerausschussung** vom 23. Oktober. Nach langer Pause wurde der Bürgerausschuss am Freitag mittag wieder zur Beratung zusammenberufen und dies mit umfangreicher Tagesordnung: 1. Maßnahmen der Stadtgemeinde aus Anlaß des Krieges, Bewilligung eines Kredits, 2. Instandsetzung und Vermietung der Schloßkaserne an die Militärordnungsanstalt, 3. Einführung des Gaseinheitspreises für Koch- und Leuchtgas, 4. Verwendung des Sparfassenüberschusses aus dem Rechnungsjahr 1913, 5. Geländeerwerb und 6. Genehmigung der städtischen Rechnung für 1913.

Eingangs der Tagesordnung gedachte der Bürgermeister, Herr Ziegler, der ersten Zeit und teilte mit, daß von den Angehörigen des Bürgerausschusses 13 zum Heeresdienst einberufen sind (davon drei von der sozialdemokratischen Fraktion, D. B.). Aus der Stadt Ettlingen sind bis jetzt alle gefallen gemeldet: Ernst Senke, Gürtler; Emil Mayer, Former; Walter Schneider, Dipl.-Ing.; Robert Jimpfer, Gerichts-Assessor; Franz Josef Weder, Fabrikarbeiter; Vinzenz Ziegler, Maurer; Anton Schmid, Metzger; Rudolf Eifentlois, Gerichts-Assessor; Rudolf Leininger, Schreiner; Konrad Keller, Lehrer; Heinrich Ott, Former; Karl Schlotterer, Zimmermann; Hermann Knäbler, Metzger; Andreas Feld, Sergeant; Otto Kasper, Gefreiter an der Unteroffiziers-Schule; Emil Weis, Friseur.

Dann kam der Vorsitzende auf den 1. Punkt der Vorlage zu sprechen und forgierte in erster Linie einen Artum in der Vorlage, er stellt fest, daß der städtische Zuschuß Sommer und Winter gleichmäßig 3 Mk. betragen solle, jedoch die Summe

der monatlichen Unterstützung für Frauen nicht 18 Mk., wie es in der Vorlage heißt, sondern 16 Mk. im Winter beträgt.

Das Gesetz über den Reichszuschuß gibt dem Bezirksrat die Möglichkeit einer Erhöhung des Betrags, doch hat der hiesige Bezirksrat hieron keinen Gebrauch gemacht. In der Stadt herrschen aber andere Verhältnisse. Der Gemeinderat war der Auffassung, daß die vom Reich gewährte Unterstützung nicht ausreichend ist, das zu erleben, was die Familie durch Wegnahme des Ernährers verliert. Wir wollen den Leuten das zum Auskommen unbedingt Nötige geben. Es erhalten hier 360 Familien die Reichsunterstützung von insgesamt 900 Ettlingen, die zu den Frauen einberufen wurden. Ihre Zahl kann sich mit der Zeit noch vergrößern. Wir haben für der städtischen Zuschuß bis zum Mai nächsten Jahres den Betrag von 80 000 Mk. berechnet.

Weiter kommen als Maßnahmen dieser Art die Zahlung des häftigen Lohnes an die Familien der bei den Truppen befindlichen städtischen Arbeiter in Betracht. Auch hierfür werden die Mittel angefordert. Mit Kriegsausbruch haben wir außer dem allein hier bestehenden Waidmeister alle Schulleute verloren. Dafür stellen wir acht Ersatzmänner an, deren Vergütung ursprünglich 3 Mk., seit der kälteren Jahreszeit 3,50 Mk. beträgt.

Zur Bestreitung dieser, sowie aller andern für die Stadt infolge des Krieges entstehenden Ausgaben, wie z. B. Anschaffung von Woll- und Zwetschherstellung von Soden und warmem Unterzeug durch die Schülerinnen der Handarbeitschule, Unterstützung von Arbeitslosen und zur Unterstützung in solchen Fällen, wo die gewährte Beihilfe nach behördlicher Prüfung nicht ausreicht, ist ein Kredit von 75 000 Mk. erforderlich.

WM. Kühn (Nat.) redet dem politischen Bürgerfrieden das Wort und bedauert, daß von Zentrumseite derselbe gefördert werden soll.

WM. Bäuerle bringt einen Antrag ein, die Unterstützungsätze insoweit zu erhöhen, daß der Frau täglich anstatt 20 Pfg. = 40 Pfg. und dem Kinde anstatt 6 Pfg. = 16 Pfg. zu geben. Das Reich zahlt der Frau 40 Pfg. und dem Kinde 20 Pfg., zusammen 1,10 Mk. tägliche Vergütung für Frau und 1 Kind. Der Mehraufwand würde 26 000 Mk. betragen.

WM. Höll (Zentr.) stimmt der gemeinderätlichen Vorlage zu und hebt auch dem Vorschläge Bäuerles sympathisch gegenüber. Des weiteren kritisiert er die Zusammensetzung des örtlichen privaten Hilfskomitees, das dem national-liberalen Gemeinderat Herrn Raab und dem Vorstehenden der national-liberalen Bürgerauschussfraktion, Herrn Kühn, Veranlassung gab, den Saal zu verlassen.

WM. Mayer (Bürgervereinigung) kritisiert, daß man den städtischen Arbeitern, welche zum Kriegsdienst einberufen seien, den halben Lohn zahle, den Beamten aber das ganze Gehalt und wünscht, daß auch dem Mittelstande Hilfe zuteil werde.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach WM. Lepert, er führte aus: Auch wir wissen, um was es sich bei diesem Völkerringen handelt und werden voll und ganz unsern Mann stellen, wir brauchen deshalb auch keine patriotischen Reden zu halten. Die Worte des Herrn Bäuerle, daß eine große Zeit auch große Opfer verlange, werden nicht überall anerkannt. Wir haben gehört, daß der Bezirksrat den Reichszuschuß nicht erhöhe. Man kann solchen abnehmenden Standpunkt kaum glauben; damit hat er gezeigt, daß er keine Vertretung des Volkes ist. — Die Behauptung des Herrn Bürgermeisters, daß niemand daran Anstoß zu nehmen brauche, wenn die örtliche Fürsorge der Armenverwaltung unterliege, zeigt, daß er nicht weiß, was das Volk denkt. Er schlägt die Bildung einer gemischten Kommission vor. — Der Gemeinderat möchte ihm beantworten, wie der Herr Bürgermeister für die Korrektur der gedruckt ganz anders lautenden Vorlage kommt? Wie konnte ein so bedeutender Rechenfehler eigentlich passieren? Wenn der Staat eine Winterunterstützung anerkennt, fehle der Stadt jeder Grund, sie zu verneinen. Der Bürgerauschuss solle die Vorlage im jetzigen Wortlaut annehmen. Es freut mich, wenn keine Parteipolitik in unsern Verhandlungen platzgreift. Aber nach dem Vorgehen des Vorsitzenden der Zentrumspartei kann ich mir nicht verbergen, daß als Ergebnis der heutigen Parteitagsforderung das Zentrum für alle Zukunft bei diesem Standpunkt bleiben und — in der Stadtverwaltung selbst Parteitagsgetrieben müßte. Aber noch weitere Fürsorgegelder obliegen der Stadt in der schlimmsten Winterzeit. Sie könne preisregelmäßig werden dadurch, daß sie den Einwohnern mit billigem Feuerungsmaterial an die Hand gebe und billigen Kofls abgebe. Des weiteren solle sie Lebensmittelvorräte beschaffen, z. B. Kartoffeln, Weis usw. Alles würde viel teurer werden; von der gesetzlichen Festsetzung von Höchstpreisen werde leider immer noch kein Gebrauch gemacht. Unter solchen Umständen müßte die Stadt Vorzüge treffen für die Armen, die von der Hand in den Mund leben. Weiter dürfe dem Bürgermeisteramt die Arbeitslosenfürsorge nicht nebenläufig sein. Bis jetzt ginge es noch leidlich, doch sei für den Winter ein Rückgang zu erwarten, wenn die Vaugetriebe schiefen. Die Stadt solle aber die Leute dann nicht zu einem Schlußlohn für sich arbeiten lassen, sondern mindestens den arbeitslosen Lohn bezahlen. Sogendsreich könne sie auch in der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Frauen und Töchter wirken. Es gebe guttutierte Leute, die man „Schlachtfeldhännen“ nennen könne, auch wenn sie noch kein Schlachtfeld in Wirklichkeit betreten, weil sie die Notlage des Volkes ausnützen und eine Tagesarbeit um ein Essen entgegennehmen. Das rote Kreuz verhalte Arbeiter, zahle aber nicht viel. Es wäre zu erwägen, ob die Stadt bedürftigen Leuten, die solche Arbeit übernehmen, einen Zuschuß leiste; sie entlaste damit die Armenkassen und präge den Leuten nicht das Gefühl auf, aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden zu sein. — Durch den Krieg sei ein großer Umschwung der Verhältnisse eingetreten, unter dem insbesondere auch die Hausbesitzer leiden. Wenn bei einem Mieter nichts mehr da ist, woher die Miete nehmen? Sehr viele Hausbesitzer seien ebenso schlecht, mitunter noch schlechter als die Mieter daran, denn sie mühten ihre Hypothekengläubiger befriedigen. In dem Wirrwarr erhalten sie kein Geld, statt dessen erfolge Klage und Verurteilung. Die Stadtverwaltung solle Schritte tun, die beiden Seiten Rechnung tragen. Redner schlägt vor, aus dem Grund- und Hausbesitzerverein, Mietern und dem Gemeinderat eine Kommission zu bilden, und eine Darlehenskasse ins Leben zu rufen. Diese Kommission solle ferner als allen Vermittlungsamt zwischen Mieter und Vermieter in allen Mißgeschickten wirken und die Streitigkeiten, bevor sie ans Gemeindericht gingen, zu vermitteln suchen. Er glaube, daß ein solcher Versuch für Vermieter und Mieter sogendsreich ausfalle. Den Vorschlag Bäuerle bitte ich anzunehmen. 26 000 Mk. mehr genieren uns nicht. Die innere Einigkeit in Deutschland würde eben nur so lange halten, als einer den anderen schäme und schäbe. Verschwinde im Volke das Gefühl, daß dieses ernsthaft geschehe, dann wäre es mit dem inneren Zusammenhalt vorbei. (Fortsetzung folgt.)

W. B. Bauerle bringt einen Antrag ein, die Unterstützungsätze insoweit zu erhöhen, daß der Frau täglich anstatt 20 Pfg. = 40 Pfg. und dem Kinde anstatt 6 Pfg. = 16 Pfg. zu geben. Das Reich zahlt der Frau 40 Pfg. und dem Kinde 20 Pfg., zusammen 1,10 Mk. tägliche Vergütung für Frau und 1 Kind. Der Mehraufwand würde 26 000 Mk. betragen.

WM. Höll (Zentr.) stimmt der gemeinderätlichen Vorlage zu und hebt auch dem Vorschläge Bäuerles sympathisch gegenüber. Des weiteren kritisiert er die Zusammensetzung des örtlichen privaten Hilfskomitees, das dem national-liberalen Gemeinderat Herrn Raab und dem Vorstehenden der national-liberalen Bürgerauschussfraktion, Herrn Kühn, Veranlassung gab, den Saal zu verlassen.

WM. Mayer (Bürgervereinigung) kritisiert, daß man den städtischen Arbeitern, welche zum Kriegsdienst einberufen seien, den halben Lohn zahle, den Beamten aber das ganze Gehalt und wünscht, daß auch dem Mittelstande Hilfe zuteil werde.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach WM. Lepert, er führte aus: Auch wir wissen, um was es sich bei diesem Völkerringen handelt und werden voll und ganz unsern Mann stellen, wir brauchen deshalb auch keine patriotischen Reden zu halten. Die Worte des Herrn Bäuerle, daß eine große Zeit auch große Opfer verlange, werden nicht überall anerkannt. Wir haben gehört, daß der Bezirksrat den Reichszuschuß nicht erhöhe. Man kann solchen abnehmenden Standpunkt kaum glauben; damit hat er gezeigt, daß er keine Vertretung des Volkes ist. — Die Behauptung des Herrn Bürgermeisters, daß niemand daran Anstoß zu nehmen brauche, wenn die örtliche Fürsorge der Armenverwaltung unterliege, zeigt, daß er nicht weiß, was das Volk denkt. Er schlägt die Bildung einer gemischten Kommission vor. — Der Gemeinderat möchte ihm beantworten, wie der Herr Bürgermeister für die Korrektur der gedruckt ganz anders lautenden Vorlage kommt? Wie konnte ein so bedeutender Rechenfehler eigentlich passieren? Wenn der Staat eine Winterunterstützung anerkennt, fehle der Stadt jeder Grund, sie zu verneinen. Der Bürgerauschuss solle die Vorlage im jetzigen Wortlaut annehmen. Es freut mich, wenn keine Parteipolitik in unsern Verhandlungen platzgreift. Aber nach dem Vorgehen des Vorsitzenden der Zentrumspartei kann ich mir nicht verbergen, daß als Ergebnis der heutigen Parteitagsforderung das Zentrum für alle Zukunft bei diesem Standpunkt bleiben und — in der Stadtverwaltung selbst Parteitagsgetrieben müßte. Aber noch weitere Fürsorgegelder obliegen der Stadt in der schlimmsten Winterzeit. Sie könne preisregelmäßig werden dadurch, daß sie den Einwohnern mit billigem Feuerungsmaterial an die Hand gebe und billigen Kofls abgebe. Des weiteren solle sie Lebensmittelvorräte beschaffen, z. B. Kartoffeln, Weis usw. Alles würde viel teurer werden; von der gesetzlichen Festsetzung von Höchstpreisen werde leider immer noch kein Gebrauch gemacht. Unter solchen Umständen müßte die Stadt Vorzüge treffen für die Armen, die von der Hand in den Mund leben. Weiter dürfe dem Bürgermeisteramt die Arbeitslosenfürsorge nicht nebenläufig sein. Bis jetzt ginge es noch leidlich, doch sei für den Winter ein Rückgang zu erwarten, wenn die Vaugetriebe schiefen. Die Stadt solle aber die Leute dann nicht zu einem Schlußlohn für sich arbeiten lassen, sondern mindestens den arbeitslosen Lohn bezahlen. Sogendsreich könne sie auch in der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Frauen und Töchter wirken. Es gebe guttutierte Leute, die man „Schlachtfeldhännen“ nennen könne, auch wenn sie noch kein Schlachtfeld in Wirklichkeit betreten, weil sie die Notlage des Volkes ausnützen und eine Tagesarbeit um ein Essen entgegennehmen. Das rote Kreuz verhalte Arbeiter, zahle aber nicht viel. Es wäre zu erwägen, ob die Stadt bedürftigen Leuten, die solche Arbeit übernehmen, einen Zuschuß leiste; sie entlaste damit die Armenkassen und präge den Leuten nicht das Gefühl auf, aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden zu sein. — Durch den Krieg sei ein großer Umschwung der Verhältnisse eingetreten, unter dem insbesondere auch die Hausbesitzer leiden. Wenn bei einem Mieter nichts mehr da ist, woher die Miete nehmen? Sehr viele Hausbesitzer seien ebenso schlecht, mitunter noch schlechter als die Mieter daran, denn sie mühten ihre Hypothekengläubiger befriedigen. In dem Wirrwarr erhalten sie kein Geld, statt dessen erfolge Klage und Verurteilung. Die Stadtverwaltung solle Schritte tun, die beiden Seiten Rechnung tragen. Redner schlägt vor, aus dem Grund- und Hausbesitzerverein, Mietern und dem Gemeinderat eine Kommission zu bilden, und eine Darlehenskasse ins Leben zu rufen. Diese Kommission solle ferner als allen Vermittlungsamt zwischen Mieter und Vermieter in allen Mißgeschickten wirken und die Streitigkeiten, bevor sie ans Gemeindericht gingen, zu vermitteln suchen. Er glaube, daß ein solcher Versuch für Vermieter und Mieter sogendsreich ausfalle. Den Vorschlag Bäuerle bitte ich anzunehmen. 26 000 Mk. mehr genieren uns nicht. Die innere Einigkeit in Deutschland würde eben nur so lange halten, als einer den anderen schäme und schäbe. Verschwinde im Volke das Gefühl, daß dieses ernsthaft geschehe, dann wäre es mit dem inneren Zusammenhalt vorbei. (Fortsetzung folgt.)

W. B. Bauerle bringt einen Antrag ein, die Unterstützungsätze insoweit zu erhöhen, daß der Frau täglich anstatt 20 Pfg. = 40 Pfg. und dem Kinde anstatt 6 Pfg. = 16 Pfg. zu geben. Das Reich zahlt der Frau 40 Pfg. und dem Kinde 20 Pfg., zusammen 1,10 Mk. tägliche Vergütung für Frau und 1 Kind. Der Mehraufwand würde 26 000 Mk. betragen.

WM. Höll (Zentr.) stimmt der gemeinderätlichen Vorlage zu und hebt auch dem Vorschläge Bäuerles sympathisch gegenüber. Des weiteren kritisiert er die Zusammensetzung des örtlichen privaten Hilfskomitees, das dem national-liberalen Gemeinderat Herrn Raab und dem Vorstehenden der national-liberalen Bürgerauschussfraktion, Herrn Kühn, Veranlassung gab, den Saal zu verlassen.

WM. Mayer (Bürgervereinigung) kritisiert, daß man den städtischen Arbeitern, welche zum Kriegsdienst einberufen seien, den halben Lohn zahle, den Beamten aber das ganze Gehalt und wünscht, daß auch dem Mittelstande Hilfe zuteil werde.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach WM. Lepert, er führte aus: Auch wir wissen, um was es sich bei diesem Völkerringen handelt und werden voll und ganz unsern Mann stellen, wir brauchen deshalb auch keine patriotischen Reden zu halten. Die Worte des Herrn Bäuerle, daß eine große Zeit auch große Opfer verlange, werden nicht überall anerkannt. Wir haben gehört, daß der Bezirksrat den Reichszuschuß nicht erhöhe. Man kann solchen abnehmenden Standpunkt kaum glauben; damit hat er gezeigt, daß er keine Vertretung des Volkes ist. — Die Behauptung des Herrn Bürgermeisters, daß niemand daran Anstoß zu nehmen brauche, wenn die örtliche Fürsorge der Armenverwaltung unterliege, zeigt, daß er nicht weiß, was das Volk denkt. Er schlägt die Bildung einer gemischten Kommission vor. — Der Gemeinderat möchte ihm beantworten, wie der Herr Bürgermeister für die Korrektur der gedruckt ganz anders lautenden Vorlage kommt? Wie konnte ein so bedeutender Rechenfehler eigentlich passieren? Wenn der Staat eine Winterunterstützung anerkennt, fehle der Stadt jeder Grund, sie zu verneinen. Der Bürgerauschuss solle die Vorlage im jetzigen Wortlaut annehmen. Es freut mich, wenn keine Parteipolitik in unsern Verhandlungen platzgreift. Aber nach dem Vorgehen des Vorsitzenden der Zentrumspartei kann ich mir nicht verbergen, daß als Ergebnis der heutigen Parteitagsforderung das Zentrum für alle Zukunft bei diesem Standpunkt bleiben und — in der Stadtverwaltung selbst Parteitagsgetrieben müßte. Aber noch weitere Fürsorgegelder obliegen der Stadt in der schlimmsten Winterzeit. Sie könne preisregelmäßig werden dadurch, daß sie den Einwohnern mit billigem Feuerungsmaterial an die Hand gebe und billigen Kofls abgebe. Des weiteren solle sie Lebensmittelvorräte beschaffen, z. B. Kartoffeln, Weis usw. Alles würde viel teurer werden; von der gesetzlichen Festsetzung von Höchstpreisen werde leider immer noch kein Gebrauch gemacht. Unter solchen Umständen müßte die Stadt Vorzüge treffen für die Armen, die von der Hand in den Mund leben. Weiter dürfe dem Bürgermeisteramt die Arbeitslosenfürsorge nicht nebenläufig sein. Bis jetzt ginge es noch leidlich, doch sei für den Winter ein Rückgang zu erwarten, wenn die Vaugetriebe schiefen. Die Stadt solle aber die Leute dann nicht zu einem Schlußlohn für sich arbeiten lassen, sondern mindestens den arbeitslosen Lohn bezahlen. Sogendsreich könne sie auch in der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Frauen und Töchter wirken. Es gebe guttutierte Leute, die man „Schlachtfeldhännen“ nennen könne, auch wenn sie noch kein Schlachtfeld in Wirklichkeit betreten, weil sie die Notlage des Volkes ausnützen und eine Tagesarbeit um ein Essen entgegennehmen. Das rote Kreuz verhalte Arbeiter, zahle aber nicht viel. Es wäre zu erwägen, ob die Stadt bedürftigen Leuten, die solche Arbeit übernehmen, einen Zuschuß leiste; sie entlaste damit die Armenkassen und präge den Leuten nicht das Gefühl auf, aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden zu sein. — Durch den Krieg sei ein großer Umschwung der Verhältnisse eingetreten, unter dem insbesondere auch die Hausbesitzer leiden. Wenn bei einem Mieter nichts mehr da ist, woher die Miete nehmen? Sehr viele Hausbesitzer seien ebenso schlecht, mitunter noch schlechter als die Mieter daran, denn sie mühten ihre Hypothekengläubiger befriedigen. In dem Wirrwarr erhalten sie kein Geld, statt dessen erfolge Klage und Verurteilung. Die Stadtverwaltung solle Schritte tun, die beiden Seiten Rechnung tragen. Redner schlägt vor, aus dem Grund- und Hausbesitzerverein, Mietern und dem Gemeinderat eine Kommission zu bilden, und eine Darlehenskasse ins Leben zu rufen. Diese Kommission solle ferner als allen Vermittlungsamt zwischen Mieter und Vermieter in allen Mißgeschickten wirken und die Streitigkeiten, bevor sie ans Gemeindericht gingen, zu vermitteln suchen. Er glaube, daß ein solcher Versuch für Vermieter und Mieter sogendsreich ausfalle. Den Vorschlag Bäuerle bitte ich anzunehmen. 26 000 Mk. mehr genieren uns nicht. Die innere Einigkeit in Deutschland würde eben nur so lange halten, als einer den anderen schäme und schäbe. Verschwinde im Volke das Gefühl, daß dieses ernsthaft geschehe, dann wäre es mit dem inneren Zusammenhalt vorbei. (Fortsetzung folgt.)

W. B. Bauerle bringt einen Antrag ein, die Unterstützungsätze insoweit zu erhöhen, daß der Frau täglich anstatt 20 Pfg. = 40 Pfg. und dem Kinde anstatt 6 Pfg. = 16 Pfg. zu geben. Das Reich zahlt der Frau 40 Pfg. und dem Kinde 20 Pfg., zusammen 1,10 Mk. tägliche Vergütung für Frau und 1 Kind. Der Mehraufwand würde 26 000 Mk. betragen.

nung des Theaters zu wagen. Da sie indessen bereits große Ausgaben hatten, will ihnen die Stadtgemeinde, die im vorigen Jahre 32 000 Mark Beihilfe gabte, eine Entschädigung dafür in Höhe von 6500 Mark gewähren.

* **Heidelberg, 26. Okt.** Bei der ersten Immatrikulation haben sich 91 Studierende, darunter 23 Damen, eingeschrieben. Dieses geringe Ergebnis der ersten Einschreibung ist einestheils auf den Kriegszustand, andernteils aber der neugegründeten Frankfurter Universität zuzuschreiben. Dort haben sich allerdings bei dem ersten Termin nur 48 Studierende eingeschrieben.

* **Mannheim, 26. Okt.** Am Samstag abend kam ein unbekannter auf einen Polen zu und verhaftete diesen, indem er sich als Kriminalbeamter ausgab, als einen verdächtigen Ausländer. Zunächst nahm der angegebene Kriminalbeamte dem Polen die Ausreisepapiere ab, dann führte er ihn an eine abgelegene Stelle und durchsuchte ihn nochmals die Kleider. Darin fand der „Kriminalpolizist“ einen Beutel mit über 80 Mark Inhalt. Diesen eignete sich der falsche Polizist an und suchte darauf das Weite. Bei der Plünderung soll dem Schwärmer noch ein Helfer zur Seite gestanden haben.

* **Sugstetten, 26. Okt.** Die Zigarrenfabrik Karl Schneiders hat jedem im Felde stehenden Soldaten aus unserer Gemeinde 100 Stück Zigarren zugefandt.

* **Kaisheim, 26. Okt.** Der 17jährige Landwirt Jos. Eckert kam beim Drechseln dem Motor zu nahe und wurde von ihm erfaßt und so schwer verletzt, daß er im Spital in Wertheim, wohin er verbracht wurde, gestorben ist.

* **Lahr, 26. Okt.** Einem größeren Obstdiebstahl kam man gestern im Stadtteil Burgheim auf die Spur. Bei einer Hausdurchsuchung wurde eine Menge Obst gefunden, das sich ein betrübeter Mann auf unrechtmäßige Weise angeeignet hatte, indem er einfach gleich ganze Bäume abspaltete und die Früchte im Wagen nach Hause fuhr.

Verordnungen des großh. Ministeriums des Innern.

Das soeben erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 59 für das Großherzogtum Baden bringt eine Verordnung des Ministeriums des Innern, wonach die Verordnungen vom 31. Juli und 3. August 1914 über den Verkehr mit Kraftwagen und Kraftfahrzeugen mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Weiter verordnet dasselbe Ministerium auf Verlangen des stellvertretenden Generalkommandos des 14. badischen Armeekorps für die Dauer des Kriegszustandes mit sofortiger Wirksamkeit über den **Fahrverbot** folgendes: Alle Fuhrwerke, welche auf öffentlichen Wegen fahren, müssen bei der Fahrt die rechte Seite der Fahrbahn einhalten. Zuweberhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Schutz der Briefkästen. Das großh. Ministerium des Innern hat mit sofortiger Wirksamkeit verordnet: Es ist verboten, Tauben ohne Genehmigung der Militärbehörde frei fliegen zu lassen und fremde Tauben zu töten und einzufangen. Jeder Besitzer der Tauben hat festzustellen, ob sich unter seinem Besitze fremde Tauben befinden und muß hierüber ständig unterrichtet sein. Jeder, der in den Besitz einer fremden Taube gelangt, hat diese unverzüglich der nächsten Kreispolizeibehörde abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine härtere Strafe bewirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft. Auch kann auf Eingiehung der Tauben, soweit es sich um Briefkästen handelt, erkannt werden.

Reichshülfe. Am 1. Dezember 1914 findet eine kleine Reichshülfe statt. Das Ministerium des Innern hat das Statistische Landesamt mit dem Vollzug der Reichshülfe beauftragt.

Freihaft für Rekruten. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt hoffentlich: Gegenüber unrichtigen Mitteilungen einzelner Blätter wird darauf aufmerksam gemacht, daß zum Heeresdienst einberufene Rekruten während des mobilen Verhältnisses gleichwie die übrigen Mannschaften des Wehrdienstes auf der Eisenbahn auf Grund des Beststellungsbeschlusses ohne Fahrkartenzahlung nach dem Bestimmungsort befördert werden. Schnell- und Eilzüge dürfen nicht benutzt werden.

Gefallene Badener.

Bisepelm. d. R. Student der Theologie Ferdinand Zimmermann von Karlsruhe. Einj.-Freiw. H. Postlandwirt Berner Schulz, der Sohn des Ministerialdirektors Geh. Rat Julius Schulz in Karlsruhe. Einj. Gebr. Lehrer Richard Berger in Karlsruhe. Feldw.-Lt. Postanwärter Johannes Vödel von Karlsruhe. Wert-Eisile von Karlsruhe. H. d. R. Architekt Adolf Augustin in Karlsruhe. Professor Ernst Holz am Gymnasium in Wertheim. Ambros Eidel in Gundheim. H. d. R. Kriegsfreiwilliger Karl Fischer von Mannheim (einer der ältesten Kriegsfreiwilligen im Mannheimer Regiment, 64 Jahre alt, ist nach einer neueren Meldung nunmehr gefallen. Landwehrmann Wilhelm Goganzler von Mannheim. Landwehrmann Philipp Engler und Oskar Postel, beide von Schwetzingen. Pionierleibant Johann Georg Schäfer von Weib. Ref. Heinrich Schneider aus Kirchheim bei Heidelberg. Offiz.-Stellw. Otto Dürr von Heidelberg. H. d. R. Karl Schleich von Wiesloch. Kan. Gustav Benz von Pforzheim. Ref. Hermann Bechtold von Pforzheim-Brüningen. Ref. Josef Kaucher von Pforzheim. Gottlieb Reff (Häuservermittler) von Pforzheim. Die Kanoniere Heinrich Keiser und Daniel Schwab, beide von Pfenning bei Heilbr. Regt. Nr. 14. Aus. Schmieder, Postbote in Sasbach. Ref. Karl Schmidt von Oberalt bei Weib. Ref. Josef Rapp aus Rappeltweind, zuletzt Postbote in Karlsruhe. Obermatrose Kaufmann Adolf Dierger von Lauf und Schmid Karl Pöppel von Lauf, letzterer im Regiment Nr. 109. Offiz.-Stellw. Hermann Wolfert von Gloschauer. Hauptm. Wilhem von Schmidt, Inhaber des Eisernen Kreuzes, im Regt. Nr. 170. Unterarzt Dr. Oswald Linz, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Offenburg. Landwehrm. E. Schwarz und Karl Bollmer, beide von Steinbach i. R. Mühl. Fritz Wähler von Lahr. Sejmelder Josef Wilhelm von Sulz bei Lahr. Serg. Franz Braun im Regt. Nr. 113. Franz Haber Algaier, Hauptkochen an der Seminarbildungsanstalt in Freiburg. Einj.-Freiw. Gebr. Gustav Olsberg, Bierführer Michael Schmeiger, beide von Freiburg. Kan. Friedrich Weder, Müsl. Leopold Hummel aus Ebnel bei Freiburg. Franz Anton Haufer von Oberriemlingen. Kreisbaumwart Karl Friedrich Haller von Denzingen. Wälfhauer Johann Georg Kent von Gorden. Otto Schilling von Malsbunden. Offiz.-Stellw. Josef Eckert, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Gönzweil, dessen jüngerer Bruder Karl Eckert schon zu Beginn des Monats gefallen ist. Josef Maier von Weib. Landwehrm. Alfred Kimmle in Singen. Telegraphenarbeiter Johann Schellingner von Malsb. Andreas Gaus von Gengenweiler bei Markdorf. Lt. Feh. Rudolf von Lürdheim-Baden, Inhaber des Eisernen Kreuzes, im Leibgren.-Regt. Nr. 109. Lt. Friedrich Götschelt, Inhaber des Eisernen Kreuzes, Gr. Amtmann in Mannheim. Landwehrm. Jakob Engelbert Reich in Karlsruhe. Kan. Karl Friedrich Giernann von Grimmettsbach bei Durlach. Emil Maier von Baden-Lichtenal. Landwehrm. Karl August Köhler von Friesenheim bei Lahr. Landwehrm. Wolter Weber, Inhaber des Eisernen Kreuzes, im Leibgren.-Regt. Nr. 76. H. d. R. Gottlieb Grafmüller von Rönningen. Gren. Josef Maier von Albert-Jouvenheim im Regt.-Regt. 109. Lt. d. R. Veermann und St. Steinbacher von Kottlinger Regiment. — Der tobelegte Professor Mathias befindet sich in französischer Gefangenschaft.

W. B. Bauerle bringt einen Antrag ein, die Unterstützungsätze insoweit zu erhöhen, daß der Frau täglich anstatt 20 Pfg. = 40 Pfg. und dem Kinde anstatt 6 Pfg. = 16 Pfg. zu geben. Das Reich zahlt der Frau 40 Pfg. und dem Kinde 20 Pfg., zusammen 1,10 Mk. tägliche Vergütung für Frau und 1 Kind. Der Mehraufwand würde 26 000 Mk. betragen.

WM. Höll (Zentr.) stimmt der gemeinderätlichen Vorlage zu und hebt auch dem Vorschläge Bäuerles sympathisch gegenüber. Des weiteren kritisiert er die Zusammensetzung des örtlichen privaten Hilfskomitees, das dem national-liberalen Gemeinderat Herrn Raab und dem Vorstehenden der national-liberalen Bürgerauschussfraktion, Herrn Kühn, Veranlassung gab, den Saal zu verlassen.

WM. Mayer (Bürgervereinigung) kritisiert, daß man den städtischen Arbeitern, welche zum Kriegsdienst einberufen seien, den halben Lohn zahle, den Beamten aber das ganze Gehalt und wünscht, daß auch dem Mittelstande Hilfe zuteil werde.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach WM. Lepert, er führte aus: Auch wir wissen, um was es sich bei diesem Völkerringen handelt und werden voll und ganz unsern Mann stellen, wir brauchen deshalb auch keine patriotischen Reden zu halten. Die Worte des Herrn Bäuerle, daß eine große Zeit auch große Opfer verlange, werden nicht überall anerkannt. Wir haben gehört, daß der Bezirksrat den Reichszuschuß nicht erhöhe. Man kann solchen abnehmenden Standpunkt kaum glauben; damit hat er gezeigt, daß er keine Vertretung des Volkes ist. — Die Behauptung des Herrn Bürgermeisters, daß niemand daran Anstoß zu nehmen brauche, wenn die örtliche Fürsorge der Armenverwaltung unterliege, zeigt, daß er nicht weiß, was das Volk denkt. Er schlägt die Bildung einer gemischten Kommission vor. — Der Gemeinderat möchte ihm beantworten, wie der Herr Bürgermeister für die Korrektur der gedruckt ganz anders lautenden Vorlage kommt? Wie konnte ein so bedeutender Rechenfehler eigentlich passieren? Wenn der Staat eine Winterunterstützung anerkennt, fehle der Stadt jeder Grund, sie zu verneinen. Der Bürgerauschuss solle die Vorlage im jetzigen Wortlaut annehmen. Es freut mich, wenn keine Parteipolitik in unsern Verhandlungen platzgreift. Aber nach dem Vorgehen des Vorsitzenden der Zentrumspartei kann ich mir nicht verbergen, daß als Ergebnis der heutigen Parteitagsforderung das Zentrum für alle Zukunft bei diesem Standpunkt bleiben und — in der Stadtverwaltung selbst Parteitagsgetrieben müßte. Aber noch weitere Fürsorgegelder obliegen der Stadt in der schlimmsten Winterzeit. Sie könne preisregelmäßig werden dadurch, daß sie den Einwohnern mit billigem Feuerungsmaterial an die Hand gebe und billigen Kofls abgebe. Des weiteren solle sie Lebensmittelvorräte beschaffen, z. B. Kartoffeln, Weis usw. Alles würde viel teurer werden; von der gesetzlichen Festsetzung von Höchstpreisen werde leider immer noch kein Gebrauch gemacht. Unter solchen Umständen müßte die Stadt Vorzüge treffen für die Armen, die von der Hand in den Mund leben. Weiter dürfe dem Bürgermeisteramt die Arbeitslosenfürsorge nicht nebenläufig sein. Bis jetzt ginge es noch leidlich, doch sei für den Winter ein Rückgang zu erwarten, wenn die Vaugetriebe schiefen. Die Stadt solle aber die Leute dann nicht zu einem Schlußlohn für sich arbeiten lassen, sondern mindestens den arbeitslosen Lohn bezahlen. Sogendsreich könne sie auch in der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Frauen und Töchter wirken. Es gebe guttutierte Leute, die man „Schlachtfeldhännen“ nennen könne, auch wenn sie noch kein Schlachtfeld in Wirklichkeit betreten, weil sie die Notlage des Volkes ausnützen und eine Tagesarbeit um ein Essen entgegennehmen. Das rote Kreuz verhalte Arbeiter, zahle aber nicht viel. Es wäre zu erwägen, ob die Stadt bedürftigen Leuten, die solche Arbeit übernehmen, einen Zuschuß leiste; sie entlaste damit die Armenkassen und präge den Leuten nicht das Gefühl auf, aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden zu sein. — Durch den Krieg sei ein großer Umschwung der Verhältnisse eingetreten, unter dem insbesondere auch die Hausbesitzer leiden. Wenn bei einem Mieter nichts mehr da ist, woher die Miete nehmen? Sehr viele Hausbesitzer seien ebenso schlecht, mitunter noch schlechter als die Mieter daran, denn sie mühten ihre Hypothekengläubiger befriedigen. In dem Wirrwarr erhalten sie kein Geld, statt dessen erfolge Klage und Verurteilung. Die Stadtverwaltung solle Schritte tun, die beiden Seiten Rechnung tragen. Redner schlägt vor, aus dem Grund- und Hausbesitzerverein, Mietern und dem Gemeinderat eine Kommission zu bilden, und eine Darlehenskasse ins Leben zu rufen. Diese Kommission solle ferner als allen Vermittlungsamt zwischen Mieter und Vermieter in allen Mißgeschickten wirken und die Streitigkeiten, bevor sie ans Gemeindericht gingen, zu vermitteln suchen. Er glaube, daß ein solcher Versuch für Vermieter und Mieter sogendsreich ausfalle. Den Vorschlag Bäuerle bitte ich anzunehmen. 26 000 Mk. mehr genieren uns nicht. Die innere Einigkeit in Deutschland würde eben nur so lange halten, als einer den anderen schäme und schäbe. Verschwinde im Volke das Gefühl, daß dieses ernsthaft geschehe, dann wäre es mit dem inneren Zusammenhalt vorbei. (Fortsetzung folgt.)

W. B. Bauerle bringt einen Antrag ein, die Unterstützungsätze insoweit zu erhöhen, daß der Frau täglich anstatt 20 Pfg. = 40 Pfg. und dem Kinde anstatt 6 Pfg. = 16 Pfg. zu geben. Das Reich zahlt der Frau 40 Pfg. und dem Kinde 20 Pfg., zusammen 1,10 Mk. tägliche Vergütung für Frau und 1 Kind. Der Mehraufwand würde 26 000 Mk. betragen.

No. 2
Seite 4
Opfer
ausgaben
Stätten
preußen,
ind in der
es fehlt ih
Der
Das Glend
Die Not
hohen w
Wir
allen Ding
werden, Ka
Dauerwür
Witib
Ruffen auf
hatte den
sich ergeben
gab und G
galten wer
müssen! (A
Gef
(Aussch
3. Dste,
Ed. R
Frau
in der Pro
mittel nicht
Händlinge,
Bahnhof;
der Freund
Mählenstra
Frau
Groß-Berli
Freunde ob
straße 8.
Frau
notwendig
Alle B
sitzpreußi
(Kettel).
* Aus
Deutsche.
in B. 35,
der Aufgab
Auslande (L
ien, Mont
teilen.
Gelegliche
ist und die
führt, nicht
gehoben
mungen po
* Wäff
nen ungec
schen Polia
fängen von
beinapadt
Grenzverle
find entfir
* Die
sahnen. U
Die Volksz
den, daß di
daten, die
Schmelzgef
Beschwerde
treulichen
realen Ver
bringt gefe
Zur
iäperjone
— in Er
tigt, h e u
der Sch
Rösten
Höhen
Höhen
dieser G
wenn Bef
scheidung d
Ohne r
Über es ist
daß die ma
legung die
Soldaten, v
mögen reif
Einem
Reihen der
gend geäu
den. Der
eben eine
hen- und
mung die
mission
Mit di
einen Z
empfinden
anderen H
Wasserwer
Krankensch
Hülfe ein
stließen d
noch, bei
gern der
Wohl und
Einrichtung
allein der
Bürgerfcha
des Bürger
gehörten
Sprache.
einmal der
der Bürger
weiteres
wobei ihm
war, inder
anderen 11

Hilfe für Ostpreußen.

Ostpreußen hat für das ganze deutsche Reich leiden und auszuhalten müssen, Monate werden vergehen, ehe die verödeten Stätten wieder bewohnbar gemacht werden können.

Wir brauchen Mehl, Bäckwaren, Obst, und vor allem Nahrungsmittel, die nicht verderben (z. B. Konserven, Tee, Mehl, Reis, Graupen, Hülsenfrüchte, Speck, Dauerwurst usw.), besonders aber Geld.

Wir brauchen Mehl, Bäckwaren, Obst, und vor allem Nahrungsmittel, die nicht verderben (z. B. Konserven, Tee, Mehl, Reis, Graupen, Hülsenfrüchte, Speck, Dauerwurst usw.), besonders aber Geld.

Gesellschaft der Freunde ostpreussischer Flüchtlinge (Ausschuss und Auskunftsstelle ostpreussischer Flüchtlinge) im Auftrage:

B. Oske, Stadtrat a. D., Dr. F. Borghardt, Chefredakteur, Leiter der Verbandsstelle.

Ch. Krenkel, Kaufmann, Leiter der Geschäftsstelle.

Frachtforderungen, die zur Verteilung an Kostendeckende in der Provinz Ostpreußen bestimmt sind, sowie alle Nahrungsmittel wolle man an: Gesellschaft der Freunde ostpreussischer Flüchtlinge, Güterammelstelle 2 und 3, Berlin, Schleichers Hofhof; ferner Postpaketstationen an: Gesellschaft der Freunde ostpreussischer Flüchtlinge, Sammelstelle Berlin D., Mühlentstraße 11 (Stadtrat Oske).

Fracht- oder Paketforderungen für Flüchtlinge, die sich in Ostpreußen aufhalten, sind zu richten an: Gesellschaft der Freunde ostpreussischer Flüchtlinge, Berlin NW. 7, Universitätsstraße 6.

Frachtforderungen gehen als Liebesgaben für kriegsnotleidende Ostpreußen frachtfrei.

Alle Briefe und Geldsendungen an: Gesellschaft der Freunde ostpreussischer Flüchtlinge, Berlin NW. 7, Königliche Bibliothek (Krenkel).

Ankunft über in feindlichen Ausland befindliche Deutsche. Die Zentralkommission für Auswanderer in Berlin W. 35, Am Karlsbad 9/10, ist vom Auswärtigen Amt mit der Aufgabe betraut worden, die in feindlichen Ausländern (Frankreich, Großbritannien, Rußland, Belgien, Serbien, Montenegro und Japan) lebenden Reichsdeutschen zu ermitteln.

Waldschnecken für österreichische Heerespflichtige können ungeachtet der bestehenden Ausfuhrverbote bei den deutschen Postämtern zur Beförderung angenommen werden.

Die Urlaubsbereiten Verwundeten auf den badischen Eisenbahnen. In einer Zuschrift an unser freiburger Bruderblatt "Die Volkswacht" war kürzlich darüber Beschwerde geführt worden, daß die badische Eisenbahnverwaltung verlangt, daß Soldaten, die zu Urlaubszwecken Schnellzüge benötigen, den vollen Schnellzugfahrpreis zahlen müssen.

Ohne Einschränkung geht ja nun einmal bei uns nicht. Aber es ist immerhin etwas erreicht und man darf erwarten, daß die maßgebenden Beamten durch weisere, liberale Auslegung dieser Verfügung dafür sorgen, daß möglichst wenige Soldaten, von denen sicher keiner in der jetzigen Zeit zum Berühmten reist, von den noch bestehenden Härten getroffen werden.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 27. Oktober.

Schaffung einer Straßenbahnkommission.

Einem aus der Bürgererschaft und besonders aus den Reihen der Bürgerauschussmitglieder schon oft und dringend geäußerten Wunsch soll nun endlich entsprochen werden. Der Stadtrat unterbreitete dem Bürgerauschuss soeben eine Vorlage, die Verwaltung der städtischen Straßen- und Vorortbahnen betr., die als wichtigste Bestimmung die der Bildung einer Straßenbahn-Kommission enthält.

Mit dieser Vorlage und der darin verlangten Schaffung einer Straßenbahnkommission macht der Stadtrat einem Zustand ein Ende, der nachgerade als unerträglich empfunden worden war. Während zur Verwaltung aller anderen städtischen Einrichtungen, z. B. Schulen, Gas- und Wasserwerk, Stadtgarten, Armen- und Rechnungswesen, Krankenhaus, Stiftungen usw. dem Stadtrat zur Unterstützung eine Kommission beigegeben ist, die sich aus Mitgliedern des Stadtrats, des Bürgerauschusses und auch noch, bei einzelnen Einrichtungen, aus erfahrenen Bürgern der Stadt zusammensetzt, entschied bisher über das Wohl und Wehe der wichtigsten und größten städtischen Einrichtung, über das Verkehrsleben, einzig und allein der Stadtrat; der Bürgerauschuss und erst recht die Bürgererschaft hatten nichts zu sagen.

Schwer wurde dieser Mißstand empfunden als über die in den letzten Jahren im Mittelpunkt des Interesses stehenden Fragen der Berggesellschaft der Straßenbahnen und des Ankaufs der Spö-Dürmersheimer Bahn beraten wurde. Auf die Dauer konnte sich der Bürgerauschuss diese Behandlung nicht mehr gefallen lassen. Und wir meinen, auch der Stadtrat vergibt sich nichts, wenn er bei der Beschlussfassung und Entscheidung über die Fragen des städtischen Verkehrs eine Kommission mitsprechen läßt, es kann ihm sogar nur recht sein, wenn die Verantwortung für die Verwaltung der Straßen- und Vorortbahnen, der gerade in den nächsten Jahren ganz besonders große Aufgaben bevorstehen, einem weiteren Kreise übertragen ist.

Alles in allem aber, es ist zu begrüßen, daß der Stadtrat nun endlich ein Entgegenkommen gezeigt hat. Der Bürgerauschuss wird auch zweifellos der Vorlage im großen und ganzen freudig zustimmen, einige „Schönheitsfehler“ werden ja noch zu beseitigen sein.

Die geplante Neugestaltung der Verwaltung der städt. Straßen- und Vorortbahnen soll folgende sein.

Zur Unterstützung des Stadtrats bei der Verwaltung der städtischen Bahnen wird eine besondere Kommission gebildet, welche den Namen „Straßenbahn-Kommission“ führt. Die Kommission besteht außer dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden und dem Direktor des Bahnamts aus 10 Mitgliedern, von denen „mindestens 4“ dem Stadtrat angehören müssen.

Die laufenden technischen und Verwaltungsgeschäfte des Betriebs werden durch eine der Kommission untergeordnete Behörde, das städtische Bahnamt besorgt. Vorstand des Bahnamts ist der Direktor des städtischen Bahnamts.

Die Kommission führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Bahnamts und ist dem Stadtrat und vor allen wichtigeren Beschlüssen in Angelegenheiten der Straßen- und Vorortbahnen zu hören. Dahin gehören insbesondere: 1. Änderung der Tarife, 2. Änderungen des Fahrplans, 3. die Grundbesitz für die Anstellungen und Dienstverhältnisse des Betriebs- und Werkstättenpersonals, 4. die Erstellung neuer und die Änderung bestehender Straßen und sonstiger Anlagen, 5. die Bestimmung und Beschaffung der Betriebsmittel, 6. die Festlegung der Haltestellen.

Der Direktor des Bahnamts leitet unter Aufsicht des Stadtrats und der Kommission und nach deren allgemeinen und besonderen Weisungen den gesamten technischen, wirtschaftlichen und Verwaltungsdienst der Bahnen. Er ist dafür verantwortlich, daß die baulichen Anlagen nach richtigen technischen und wirtschaftlichen Grundrissen erstellt und unterhalten werden und daß auch der Betrieb den Anforderungen dieser Grundriss sowie den jeweiligen Bedürfnissen des Verkehrs entspricht.

Der Direktor ist zur unmittelbaren Erledigung der ihm durch die Dienst- und Gehaltsordnung für die städtischen Beamten und durch die Dienst- und Lohnordnung der Arbeiter übertragenen Geschäfte, ferner zur Anordnung und Überwachung der zur Ausführung genehmigten Neubauten und Unterhaltungsarbeiten, sowie der gesamten für den Betrieb erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen, zur Erlassung der Dienstamtsverordnung für die ihm unterstellten Beamten und Arbeiter, ferner diese nicht vom Stadtrat oder der Kommission erlassen sind und zur Erstattung des Jahresberichts zuständig.

In der Begründung der Vorlage wird gesagt, daß der Gemeindefiskus wiederholt geäußerten Wünschen des Bürgerauschusses entspreche. Wenn die Vorlage nicht schon früher kam, so lag es teils daran, daß inzwischen die Städteordnung gesetzgeberischen Änderungen unterworfen wurde, auf Grund deren die Erlassung eines zusammenfassenden Ortsstatuts für die gesamte Verwaltung beabsichtigt war, teils daran, daß im Zusammenhang mit der Verlegung des Bahnhofs das gesamte Straßen- und Vorortbahnnetz der Stadt seit Jahren in einer Umbildung begriffen war, deren Ergebnis sich erst jetzt einigermaßen überblicken läßt, nachdem feststeht, daß die Altbahn im Besitz der VAG verbleibt, die Lokalbahn Spö-Dürmersheim dagegen in den Besitz der Stadt übergeht. Die für den Wirkungsbereich der beiden Organe vorgeesehenen Bestimmungen, heißt es in der Begründung weiter, dürften der Natur des Gegenstandes entsprechen und einerseits dem Technischen Amt die möglichste Selbstständigkeit im laufenden Betrieb einräumen, andererseits aber doch auch der Vertretung der Bürgererschaft den erwünschten Einfluß auf die Leitung und insbesondere die dafür maßgebenden grundsätzlichen Bestimmungen sichern.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 22. Oktober.

Versorgung der Gemeinden Welsch- und Teutscheneurent mit elektrischer Energie. Wegen Einlegung eines elektrischen Kabels in die Landstraße Nr. 2 auf der Strecke von der städtischen Kläranlage bis zu den Transformatorstationen in Welsch- und Teutscheneurent wird mit der Gr. Wasser- und Straßenbauinspektion eine Vereinbarung getroffen.

Verstellung der Gartenstraße zwischen Fröbel- und Devrientstraße. Mit Vorlage vom 18. Juni d. J. hat der Stadtrat beim Bürgerauschuss die Zustimmung dazu beantragt, daß die Gartenstraße zwischen Kriegs- und Fröbelstraße ortsplannäßig hergestellt, mit Kanalisation, Gas-, Wasser- und Stromleitung versehen und mit Granit gepflastert werde. Der Bürgerauschuss hat in seiner letzten Sitzung vom 7. Juli d. J. den städtischen Antrag mit der Änderung angenommen, daß bis zur Einmündung in die Kriegsstraße die in der Mitte liegenden Gleisstreifen mit Granit zu pflastern, die fahrbahnen rechts und links jedoch mit Stampfsplatt zu bedecken sind. Der Stadtrat hat hierauf das Tiefbauamt beauftragt, eine Berechnung über die finanzielle Wirkung der vom Bürgerauschuss beschlossenen Maßnahme, gegenüber dem Granitpflaster aufzumachen. Diese Berechnung liegt jetzt vor. Nach derselben beträgt der einmalige Aufwand für Granitpflaster 74 255 Mk., für den gemischten Belag 67 000 Mk., die jährlichen Aufwendungen dagegen: bei gemischtem Belag (Granit und Asphalt) 5877,23 Mk., bei Granitpflaster 5124,08 Mk. Der wirtschaftliche Belag ist sonach das in der Vorlage des Stadtrats an den Bürgerauschuss vom 18. Juni d. J. vorgelegene Granitpflaster. Außerdem stellen sich aber der Verstellung einer Asphaltbahn in den nächsten Monaten Schwierigkeiten verschiedener Art entgegen, die es geraten erscheinen lassen, von dieser Bedungsart abzusehen. Um das Pflaster später nicht wieder aufziehen zu müssen, sollen

die Hausanschlüsse an den Kanal, die Gas- und Wasserleitung sofort verlegt werden. Dafür soll ein weiterer Kredit von 4530 Mk. beim Bürgerauschuss anberlangt werden; diese Kosten sind bei dem Ausbau an der Straße von den Hausbesitzern wieder zu ersehen.

Von der Straßenbahn. Das Straßenbahnamt zeigt an, daß seit 20. d. M. zwei Gleise in der Gartenstraße vor der Festhalle provisorisch mit Fahrleitung versehen sind, jedoch 18 Straßenbahnwagen dort aufgestellt werden können. Hieron soll bei größeren Veranstaltungen in der Festhalle Gebrauch gemacht werden.

Vom Rheinhafen. Dem von der Gr. Bahnbaupolizei II im Auftrage der Gr. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen mitgeteilten Projekt für die neuen Gleisanlagen am Südwesthafen I des hiesigen Rheinhafens erteilt der Stadtrat seine Zustimmung. Die auf die Stadt entfallenden Kosten für die städtischen Ladegleise einschließlich Lieferung der erforderlichen Oberbaumaterialien sind auf 130 000 Mk. veranschlagt.

Grundstücksankauf. Die Erwerbung des Grundstücks Abt. Nr. 16 157 im Gemann Berggarten (Rheinhafenverbreiterungsgebiet) im Flächeninhalt von 1123 Quadratmeter für die Stadtgemeinde wird genehmigt.

Dankagung. Der Stadtrat dankt Herrn Stadt- und Konferenzbibliothekar Dr. Appel für dem städtischen Archiv zugewendete zwei Kriegspredigten, die von ihm am israelitischen Neujahrstag und am Verjährungstag in der Hauptsynagoge gehalten wurden.

Vom badischen Roten Kreuz. Der Reichskanzler hat dem Zentralkomitee des Roten Kreuzes mitgeteilt, daß etwa 20 000 Reichsangehörige, meist Frauen und Kinder, aber auch Männer unter 17 und über 45 Jahren die Rückwanderungserlaubnis aus Frankreich erhalten haben. Ihre Ankunft in einer badischen Grenzstadt steht bevor. Das Rote Kreuz muß sich eilen, um die meist sehr hilfsbedürftigen Landsleute an der Grenze zu empfangen und bewirten. Soweit sie nicht Badener sind, sollen sie in ihre Heimat befördert werden, jedenfalls aber müssen sie kurze Zeit in der Grenzstation untergebracht werden, bis weiter verfügt werden kann. Zu den Kosten hat der Zentralauschuss 20 000 Mark zur Verfügung gestellt und der badische Landesausschuss bewilligte einen Kredit von gleicher Höhe. Die Frauenvereine der Umgebung der Grenzstadt werden aufgeboten, um die Heimkehrenden durch persönliche Mitwirkung und durch Lieferung von Naturalien zu erquiden, wenn auch eine pekuniäre Leistung ihnen nicht angeeignet werden kann. Die Leitung der Hilfsaktion wird Herrn Dr. Ströbe übertragen. Das Ministerium des Innern wird sich beteiligen und hält deswegen eine Konferenz mit Dr. Ströbe ab.

Ankunft von Verwundeten. Vester Tage sind Verwundete aus den Kämpfen bei Ostende angekommen. Man hat nunmehr dafür Sorge getragen, daß die badischen Verwundeten nach ihren Wünschen in die Heimat befördert werden, während die Württemberger nach Stuttgart weiter reisten. Hiermit ist einem berechtigten Wunsch der Soldaten Rechnung getragen, die sich am liebsten in der Heimat verpflegen lassen, wo sie ihren Angehörigen näher sind.

Badische Eisenbahner nach Belgien. Letzten Sonntag ist ein weiterer aus dem ganzen Lande zusammengezogener Transport badischer Eisenbahnangestellter und Arbeiter nach Belgien abgegangen.

Ein neues Seuchenlazarett. Das in nächster Nähe des Städt. Krankenhauses errichtete Seuchenlazarett ist jetzt fertiggestellt und zwar gerade zur rechten Zeit, da die Seuchenabteilung des Krankenhauses belegt ist. Das neue Lazarett wird 200-300 Betten umfassen können. Es ist in 90 Tagen mit einem Aufwand von 300 000 Mark erstellt worden und mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattet.

Erdbeben. Von dem Seismographen der Technischen Hochschule wurde gestern früh um 4 Uhr 44 Min. 38 Sek. ein ziemlich heftiges Erdbeben aufgezeichnet. Der größte Ausschlag erfolgte um 4 Uhr 45 Min. 40 Sek. Der Ort des Bebens liegt in einer Entfernung von etwa 3-400 Kilometer.

Handels-Hochschulkurse. Mit Rücksicht darauf, daß wohl der größte Teil der in Betracht kommenden Öster zurzeit im Felde steht, hat das Kuratorium beschlossen, die Vorlesungen der Handels-Hochschulkurse im Winter-Semester 1914/15 ausfallen zu lassen.

Der vaterländische Hilfsdienst. Von der im Auftrage des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz in Plakatform herausgegebenen „Karlsruher Merkmal“ über den vaterländischen Hilfsdienst für den Krieg“ ist, mehrfachen Wünschen aus dem Publikum entsprechend, eine handliche Taschenausgabe in neuer, nach dem heutigen Stand der Dinge verbesserter Bearbeitung im Verlage der C. F. Müller'schen Hofbuchhandlung erschienen. Sie ist in erster Reihe für die Stadt Karlsruhe und ihren Landbezirk bestimmt und wird als zuverlässiger Ratgeber jedem willkommen sein, der sich über die verschiedenartigen Hilfsorganisationen, die aus Anlaß des Krieges unter dem Schutze des Roten Kreuzes oder selbständig ins Leben gerufen worden sind, bequem unterrichten will oder darüber Auskunft erteilen soll. Wer irgendwie Arbeit, Rat oder Hilfe sucht oder selbst Arbeit und Hilfe leisten will, wird leicht ersehen, an welche Stelle er sich zu wenden hat. Abschnitte wie die über Arbeitvermittlung, Ausfuhr über Heeresangehörige und im Ausland befindliche Deutsche u. a. sind von allgemeinem, weit über das örtliche Interesse hinausreichenden Wert für das ganze Land. Im Anhang werden die wichtigsten Vorschriften über Feldpostsendungen an Heeresangehörige sowie über die für letztere bestimmten Sendungen an Ersatztruppenabteilungen mitgeteilt und für Adresse, Verpackung und Packmaterial, auf die zum eigenen und des Empfängers Schaden leider noch immer zu wenig Sorgfalt verwendet wird, beherzigenswerte, praktische Winke gegeben. Bei dem bescheidenen Preise von 20 Pf. kann die neue „Merkmal“ zu weitestverbreiteter Empfehlung empfohlen werden.

Kriegspredigten. Gehalten in der Christuskirche zu Karlsruhe i. V. von Franz Rohde, Pfarrer der Christuskirche. Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe i. V. Preis 60 Pf. Der Reinertrag aus dem Verkauf dieser Schrift fließt in die Kasse des Roten Kreuzes.

Das Buchlein enthält fünf Predigten: Feuer auf Erden (über Lukas 12, 49/50) am 9. August, Religion und Patriotismus (über Lukas 19, 41/44) am 16. August, Eiserne Zeit (über 1. Korinther 7, 32) am 23. August, Der Sinn dieses Krieges (über Römer 11, 33/36) am 6. September, Deutsches Art (über 1. Korinther 2, 10/11) am 13. September. Ihre Wirkung werden die Predigten auch in Buchform auf niemand verfehlen. Besonders denen mag das Buchlein willkommen sein, die den Predigten selbst beigewohnt haben und denen nun hier eine lebende Erinnerung an jene bedeutsamen Worte aus den Tagen der ersten Kriegszeit geboten wird. Daß die Veröffentlichung dieser Predigten zugunsten des Roten Kreuzes erfolgt, wird dem Buchlein umjomehr Käufer schaffen.

Vaterländisches Hoforchesterkonzert in der Festhalle. Das auf kommenden Mittwoch anberaumte Konzert des Hoforchesters

